



FASCHISMUS

KEMPSTON
BEDFORD
ENGLAND

TATSACHEN ÜBER DIE DIKTATUREN

ERSCHEINT DEUTSCH, ENGLISCH UND SPANISCH.

MIT DER BITTE UM VERÖFFENTLICHUNG UNTER QUELLENANGABE (I.T.F.)

No. 8
10. Jahrgang

20. April 1942

Hitlers ZwangsarbeiterHungerlöhne für Russen

(ITF) Das besetzte russische Gebiet wird von der Nazi-Diktatur als Kolonialland ausgebeutet. Was das für die Arbeiter bedeutet, zeigen die von den deutschen Behörden im besetzten Russland festgesetzten Lohnsätze: ein Hilfsarbeiter erhält pro Stunde 1 Rubel, d.h., nach dem von den Besatzungsbehörden festgesetzten Kurs: 10 Pfg., ein Facharbeiter erhält 1,7 Rubel (= 17 Pfg.). Begrenzte Leistungszuschläge sind erlaubt, doch die Zahlung von Familienzulagen, Trennungs-, Ueberstunden-, Nacht- und Sonntagsarbeitszuschlägen wurde verboten.

Ein Kilo grobes Roggenbrot kostet im "Ostland" 14 Pfg., ein Kilo feines Roggenbrot kostet 22 Pfg.

Eine in den Büros der Besatzungsarmee oder der Bau-"Organisation Todt" beschäftigte Stenotypistin erhält monatlich 400 Rubel (40 RM), ein Buchhalter 500 Rubel. Leitende Angestellte erhalten in der Armeeverwaltung 900 Rubel, in privatwirtschaftlichen Betrieben 1200 - 1500 Rubel im Monat.

(Für die Red.: Gehälter: "Kölnische Zeitung", 12.III.42.; Preise: Mitte März.)

Holländische Arbeiter in Deutschland

(ITF) Der Berliner Korrespondent des holländischen Nazi-Blattes "Nationaal Dagblad" berichtete über einen Besuch in einem Arbeitslager in der Nähe Berlins, in dem 1000 Arbeiter, unter ihnen 680 Holländer, untergebracht waren. Der "Oberlagerführer" sagte dem holländischen Nazi, dass er nicht mit allen holländischen Arbeitern zufrieden sei. "40%... sind hierher gekommen, weil sie es daheim aus dem einen oder anderen Grund nicht aushalten konnten... Wir haben schon verschiedene dieser Leute nach Hause geschickt und wir wissen, dass sie es sind, die (über die Lage der Arbeiter in Deutschland) weniger schöne Dinge erzählen, wenn sie wieder in der Heimat sind". - Wenn dieser Prozentsatz allgemein gilt, so wären unter den nach Deutschland transportierten Holländern 72.000 Unzufriedene!

Der Berichterstatter gibt zu, dass die Arbeiter Grund zum klagen haben. "In diesem Lager ist das Essen z.B. ausserordentlich schlecht", schreibt er. Aber Schuld daran seien - unfähige holländische Köche. In anderen Lagern sei es sicher besser.

Kontrakte werden nicht eingehalten; die Arbeiter klagen, "dass die Kontrakte, die die Arbeiter in Holland mit den Deutschen abschlossen, hier in Deutschland nicht eingehalten werden". Facharbeiter erhalten, auch wenn sie Facharbeit leisten, keinen Facharbeiterlohn, wenn sie nicht genaue Lehrzeugnisse vorlegen können.

Einigen Kriechern geht es allerdings gut. Im Sprechzimmer des "Oberlagerführers" fand der Nazi 5 Mann, die einen sehr angenehmen Druckposten hatten. Sie hatten nichts weiter zu tun als die Öfen zu heizen und nachzulegen.

Offensichtlich wollte das Nazi-Blatt mit diesem Bericht den Berichten über die schlechte Lage der holländischen Arbeiter in Deutschland entgegentreten. Aber die kritischen Holländer, die diesen Bericht (am 9.III.) im "Nationaal Dagblad" sahen, werden sich gesagt haben, dass das Nazi-Blatt sicherlich nicht über das schlechteste Zwangsarbeiterlager berichtete und dass es in anderen Orten mit Lohn und Verpflegung noch schlechter sein wird.

Heuchler im Talar

(ITF) Das Deutsche Reichsgericht hat mehrere nach Deutschland transportierte polnische Landarbeiter zum Tode verurteilt. In der Begründung haben die gleichen Nazi-Richter, die jeden Polen, der nicht den gelben Polenfleck trägt und jeden deutschen Bauern, der dabei ertappt wird, dass er mit polnischen Arbeitern am gleichen Tische isst, schwer bestrafen, erklärt: "Die Angeklagten sind Polen... Sie haben Gelegenheit zur Arbeit und zu einem Leben in Ordnung und Sicherheit in Deutschland erhalten. Man ist ihnen freundlich entgegengekommen, hat sie gut behandelt und teilweise an der häuslichen Gemeinschaft teilnehmen lassen". Deshalb müssten sie besonders schwer bestraft werden.

(Für die Red.: "Deutsche Recht", nach "Wiener Völkischer Beobachter", 17. III.42.)

Italienische Arbeiter in Berlin

wurden kurz vor Ostern in ein Theater gebracht, um einige Reden anzuhören. Zuerst sagte der päpstliche Nuntius den nach Deutschland transportierten Arbeitern: "Lasst es uns den Engeln Gottes überlassen, vom Frieden unter den Menschen im allgemeinen und vom Frieden zwischen den Völkern zu sprechen. Lasst uns von Eurem persönlichen Frieden sprechen. Zunächst und vor allem wünsche ich Euch Frieden mit Euren Arbeitskollegen; Frieden in diesem gastfreundlichen Land, das Euch aufnimmt, Euch ernährt und Euch die Möglichkeit gibt, für Eure Familien in der Ferne das Brot zu verdienen. Es ist nicht schwer, einen derartigen Frieden zu sichern solange Ihr bereit seid, alle an Euch gerichteten, nicht ganz willkommenen Worte grosszügig zu verzeihen und solange Ihr bereit seid, Euch mit all den unangenehmen Dingen abzufinden, die jetzt das Leben aller Leute ausmachen, und nicht nur das der Arbeiter".

Die nach Deutschland verschickten italienischen Zwangsarbeiter kamen auf dieser Veranstaltung nicht zu Wort. Nach dem Nuntius machte der italienische Generalkonsul in Berlin einige kurze Bemerkungen, dann sprach der italienische Botschafter. Er dankte u.a. dem "päpstlichen Nuntius, der stets bereit ist, an einer Demonstration nationaler Verbundenheit teilzunehmen".

Die Veranstaltung wurde vom Deutschlandsender am 5 April übertragen. (ITF)

Zigeuner

werden in Deutschland arbeitsrechtlich wie Juden behandelt, ordnete der Reichsarbeitsminister (am 13. III.) an. Wer als Zigeuner gilt, entscheidet die Kriminalpolizei. - (ITF)

Tschechen sollen billig arbeiten

(ITF) Ueberstundenzuschläge werden im tschechischen "Pro ektorat" nicht mehr bezahlt, sagte ein Jurist (am 11. IV.) im Prager Rundfunk. Der Achtstundentag gelte heute nur "grundsätzlich".

"Die 4. Republik"

(ITF) Ein ausgezeichnet informierter Frankreich-Korrespondent berichtet in "Europe Speaks" über die jüngste Entwicklung der illegalen Organisationen in Frankreich. Die Gruppe "Liberation" (Befreiung), die Gewerkschafter, Sozialisten und einige Kommunisten zusammenfasst, wollte sich ursprünglich mit der Gruppe "Liberation Nationale" verschmelzen. Im letzten Augenblick ist dieser Zusammenschluss gescheitert: es waren zu viele eindeutige Gegner der Volksfront in den Reihen der "Liberation Nationale" und man vermutet Verbindungen zwischen der Leitung der "Liberation Nationale" und Vertretern der Vichy-Regierung, die eine Rückversicherung für den Tag einer deutschen Niederlage suchen.

Zwischen den örtlichen und zentralen Leitungen beider Organisationen bestehen weiter Kontakte.

"Liberation" veröffentlicht wie bisher das gleichnamige illegale Blatt, "Liberation Nationale" verteilt 14tägig "Combat" (Kampf), häufig jedoch ohne ausreichende konspirative Sicherung der Verteiler. Im unbesetzten Gebiet wird "Combat" in etwa 35.000 Exemplaren verbreitet.

Die Gruppe "Liberté", der vor allem demokratische katholische Kreise angehören, ist in der Gruppe "Liberation Nationale" aufgegangen.

Französische Sozialisten verbreiten im besetzten Gebiet die illegale Zeitung "Quatrieme Republique" (4. Republik) und verteilen Flugblätter in 20 - 30.000 Exemplaren. Die illegalen Gruppen der französischen und belgischen Sozialisten stehen miteinander in Verbindung.

Die sehr rührigen Kommunisten haben vor allem in der Pariser Region viele Anhänger. Zwischen den kommunistischen und sozialistischen Gruppen besteht ein freundschaftliches Verhältnis, aber keine organisatorische Verbindung.

(Für die Red.: "Europe Speaks" erscheint in Welwyn Garden City, Herts, England.)

Rundfunk in Frankreich (ITF) Das spanische Faschistenblatt "Arriba" schreibt (am 13.III.): "Die Lügen der französischen Sendungen des Londoner Rundfunks, die von den Franzosen De Gaulles organisiert werden, haben einen starken Einfluss, was die Lage in Frankreich nicht gerade verbessert, weil die Losungen des britischen Rundfunks aufmerksam abgehört und von vielen Franzosen befolgt werden".

Ein Kontinent wird ausgepresst (ITF) Deutschlands Kriegsausgaben werden auf jährlich 94 Mrd RM geschätzt. Ein Sechstel dieser Summe müssen die beherrschten Völker Europas aufbringen. Die von deutschen Truppen besetzten Gebiete müssen hohe Besatzungskosten zahlen, 12 Mrd Mark pro Jahr. Frankreich hat an Besatzungskosten jährlich 6,6 Mrd zu zahlen, Norwegen 1,1 Mrd, Belgien 1,3 Mrd; von Holland zu zahlende Betrag ist nicht bekanntgegeben worden, er wird sicher nicht niedriger als der von Belgien verlangte Betrag sein; Dänemark muss 225 Millionen aufwenden, die Tschechen, Polen, Jugoslawen, Griechen etc. zu zahlenden Besatzungskosten werden auf etwa 1 1/2 Mrd geschätzt.

Die Besatzungsarmeen erpressen weiter unbezahlte Warenlieferungen in Höhe von 3 - 4 Mrd RM. Warenlieferungen und Lohnersparnisse nach Deutschland deportierter Arbeiter werden dem Land auf dem Berliner Clearing-Konto gutgeschrieben. Aber Deutschland denkt nicht daran, die zum Ausgleich versprochenen Waren zu liefern. Das Clearingguthaben der Holländer stieg 1941 um 1,3 Mrd, das Frankreichs um 600 Mio; Belgiens, Bulgariens, Ungarns und Rumäniens Clearingguthaben stiegen zusammen auf 1,4 Mrd RM, das Clearingguthaben der Slowaken, Polen etc. wird auf ca 700 Mio geschätzt, das dänische Clearingguthaben stieg um 215 Mio RM, das der Schweiz auf 230 und das Schwedens auf 43 Mio. Norwegen hat kein Clearingguthaben, wahrscheinlich, weil die für die deutsche Besatzungsarmee nötigen Einfuhren über Clearing-Konto laufen.

Hitlers Wirtschaftsminister Funk beruhigte die über Deutschlands steigenden Clearingschulden besorgten Staaten: nach dem Krieg werde alles beglichen.

Oder nichts.

Wie die dänischen Reallöhne sanken schildert die amtliche Kopenhagener Zeitschrift "Statistike Efteretninger". 1939, im letzten Vorinvasionsjahr waren die Reallöhne 1% höher als 1935. Dann sanken die Reallöhne:

	(1935 = 100)
1939.....	101
1940, Invasionsjahr.....	92
1940, August-September) "neue.....	90
1941, Januar-März) Ordnung".....	85

In den ersten 10 Monaten unter deutscher Besatzung sanken die Reallöhne der dänischen Arbeiter um 16%. - (ITF)

(Für die Red.: "Statistike Efteretninger", 29.IX.41.)

"Meinungsfreiheit" (ITF) Der Nazi-Journalist Max Blokzijl hält seit geraumer Zeit zweimal wöchentlich über die holländischen Rundfunkstationen nazistische Propagandavorträge. Kürzlich beklagte er sich darüber, dass selbst Nazis ihm unfaire Kampfmethoden vorwerfen und ihm vorhalten, dass er am Mikrophon frei sprechen könne, während seine Gegner zum Schweigen verdammt seien. Auch er könne nicht völlig frei sprechen, sagte Blokzijl: "Was gesagt werden darf und was nicht hängt von den Besatzungsbehörden ab... Für sie kommt zuerst Deutschland; dann eine ganze Zeit nichts; dann erst kommen die Interessen der besetzten Gebiete". Blokzijl findet das ganz in Ordnung: "Solange der Krieg nicht entschieden ist, hat man kein Recht, Meinungsfreiheit zu verlangen, höchstens soweit man mit den Auffassungen der Besatzungsmacht übereinstimmt".

(Für die Red.: Radio Hilversum, 2.IV.42.)

Werksdirektor diktiert die Löhne (ITF) Der SS-Sturmbannführer Walter Bertsch diktiert in Prag als Minister die Löhne. Er hat sich das Recht vorbehalten, für einzelne Werke besondere Lohn-tarife festzusetzen. In den "Westböhmisches Kaolin, Schamotte und slowakischen Magnesit-Werken" hat er sich (Anfang Februar) zum Mitglied des Direktoriums ernennen lassen. In diesem Betrieb kann er gleichzeitig die Löhne der Arbeiter, die Dividenden der Aktionäre und sein Direktorengelalt festsetzen.

Aushöhlung der Deutschen Arbeitsfront (ITF) Im Frühjahr 1935 hatten die deutschen Unternehmerverbände versucht, die Nazi-Propaganda der Deutschen Arbeitsfront durch "Arbeitsausschüsse" einzuschränken. Für einzelne Wirtschaftszweige wurden innerhalb der Wirtschaftszweige Arbeitsausschüsse gebildet, die je zur Hälfte aus

Unternehmern und ernannten Belegschaftsmitgliedern bestanden. Arbeitsfrontsekretären war durch eine vom Wirtschaftsminister Schacht bestätigte Erklärung der Zutritt zu den Beratungen der Ausschüsse verboten worden, die Unternehmersyndici aber wurden als "Belegschaftsmitglieder" zugelassen. Die Arbeitsfront fürchtete, dass die Arbeitsausschüsse durch überregionalen Zusammenschluss zu einer Konkurrenzorganisation werden könnten; sie setzte daher durch, dass kein Ausschuss einen Wirkungsbereich von mehr als 50 km umfassen dürfe.

Es wurden mehrere Tausend Arbeitsausschüsse gebildet.

Jetzt sollen diese Arbeitsausschüsse aufgelöst werden; in Bayern wurden die bestehenden 300 Ausschüsse bereits beseitigt und aus den besonders gesiebten Mitgliedern der Sachverständigen-Beiräte des Treuhänders der Arbeit 25 neue Beiräte gebildet, die gleichzeitig als Arbeitsausschüsse ihres Wirtschaftszweigs fungieren sollen.

Es ist möglich, dass die bisherigen Ausschüsse aufgelöst werden, weil einzelne Ausschussmitglieder begannen, Belegschafts- oder Betriebsinteressen gegen die Nazi-Organisationen zu vertreten, es kann auch sein, dass nach den Massenmobilisierungen in den Betrieben nicht mehr genügend einwandfreie Nazis zur Verfügung stehen. Das Ergebnis ist jedenfalls, dass jetzt der Treuhänder als Bezirksbeamter des Arbeitsministeriums über eine Konkurrenzorganisation zu den Arbeitsfront-Sekretariaten verfügt.

Unternehmer haben sich inzwischen vom Parteibetrieb auch in anderer Weise unabhängig gemacht. In den grösseren deutschen Betrieben existiert ein "Vertrauensrat", dessen Mitglieder, seit 1936, vom Bezirkstreuhänder ernannt werden. Die Vorschlagsliste wird vom Unternehmer eingereicht, aber der Betriebsobmann der Nazi-Partei gibt sein politisches Urteil über die Kandidaten. Der Vertrauensrat ist zwar keine Behinderung des Unternehmers, aber in vielen Betrieben können Arbeiter nur über den "Vertrauensrat" oder den Betriebsobmann ihre Beschwerde vorbringen. In einer Reihe deutscher Grossbetriebe haben die Unternehmer jetzt die Nazi-Zwischenstelle ausgeschaltet und ein "Gefolgschaftsamt des Betriebsführers" eingerichtet, an das sich Beschwerdeführer direkt wenden können, / der Nazi-Partei

In Baden hat die Gauverwaltung der Arbeitsfront (in der März-April-Ausgabe ihrer "Gaubriefe") die Betriebsobmänner aufgefordert, sich einer dergleichen Ausschaltung zu widersetzen.

(Für die Red.: Arbeitsausschüsse: "Angriff", 24.III.42.; Gefolgschaftsamt: Berliner Bericht der Deutschen Arbeitsfront.)

Ein neuer Gefängniswärter für die Arbeiter Europas

ihre (ITF) Der tapfere Kampf der Roten Armee und die Furcht vor der Millionenarmee der USA und dem rasch wachsenden angelsächsischen Kriegspotential hat die Nazi-Diktatur veranlasst, /Reserven an Soldaten und Kriegsarbeitern erheblich zu verstärken: zur Rekrutierung dieser Reserven wurde ein "Generalbevollmächtigter für den Arbeitseinsatz" ernannt, der direkt Göring unterstellt wurde. Der "Generalbevollmächtigte" erhielt freie Hand "für die Regelung des Einsatzes sämtlicher verfügbaren Arbeitskräfte einschliesslich der angeworbenen Ausländer und der Kriegsgefangenen... sowie... (für)... die Mobilisierung aller noch nicht ausgenutzten Arbeitskräfte" (D.N.B.). Als Zwangsarbeitsdiktator unterstehen ihm alle Arbeitsämter im deutschen Herrschaftsbereich, als Lohndiktator die "Treuhänder der Arbeit". Auch die Sozialabteilungen der deutschen Zivilverwaltung in den besetzten Gebieten Europas, die bisher nur den Kommissaren Hitlers und Hitlers Kanzlei verantwortlich waren, sind ihm unterstellt.

Zum Bevollmächtigten wurde Fritz Sauckel ernannt, der Reichsstatthalter in Thüringen. Sauckel ist ein berüchtigter Terrorist. - Seine Ernennung bedeutet den Abschluss der 1936 begonnenen Zentralisierung der Nazi-Zwangsarbeitsorganisation. 1936 erhielt Göring mit seinem "Vierjahresplandirektorium" ein Kriegskabinet, das einige Minister des Hitler-Kabinetts ausschaltete. Die Leiter der "Geschäftsgruppen Arbeitseinsatz" und "Regelung der Arbeitsbedingungen" konnten unter Ausschaltung des Arbeitsministers Seldts Anordnungen treffen. Die Leiter dieser Geschäftsgruppen waren die direkten Untergebenen Seldtes, der Staatssekretär Syrup und der Ministerialdirektor Mansfeld. Im Januar 1942 übernahm Mansfeld auch Syrups "Geschäftsgruppe Arbeitseinsatz im Vierjahresplandirektorium". Syrup blieb Staatssekretär im Arbeitsministerium, war aber jetzt an die Anordnungen Mansfelds gebunden. Zehn Wochen später wurde auch Mansfeld aus dem Göringschen Kriegskabinet herausgeworfen und auf seine Tätigkeit im Arbeitsministerium beschränkt. Er und Syrup erhalten jetzt Anordnungen von Sauckel.

Die Unternehmer haben versucht, sich gegen das Auskämen der Betriebe durch Mansfeld zu wehren. Sie fürchteten mit dem Abzug der Facharbeiter den Verlust einträglicher Kriegsaufträge und sie haben erlebt, dass arbeitsun- gewohnte Ersatzkräfte -"Kroatien und Frauen"- die Maschinen ruinieren. Die

"Frankfurter Zeitung", die, seitdem der sie schützende Chemie-Trust I.G. Farben einer der wichtigsten Beherrscher französischer Industriebetriebe wurde, gelegentlich offener zu schreiben wagt, erklärte warnend: "nur im begrenzten Umfang kann der Arbeiter an einen neuen Ort gebracht werden. Die Norm muss bleiben, dass die Arbeit zum Arbeiter kommt... Es wäre überhaupt ein Trugschluss zu glauben, im konzentrierten Einsatz und Hin- und Herrücken deutscher Menschen bestünde der neue Stil der deutschen Wirtschaft. Ein Volk muss eng an Scholle und Heimat gebunden bleiben. Sonst stirbt es ab".

Es scheint, dass Mansfeld, der ehemalige Syndikus der Ruhrindustrie, sich den Argumenten einflussreicher Unternehmer nicht verschloss. Doch derartigen Ueberlegungen auf lange Sicht ist die Nazi-Diktatur nicht zugänglich. Sie verlangt für die bevorstehenden Entscheidungsschlachten sofortige äusserste Kraftanspannung. Von Sauckel wird ein rücksichtsloseres Durchgreifen erwartet. Die Massnahmen zur Zwangsrekrutierung von Arbeitern in den besetzten Gebieten wurde beschleunigt und die Auskammkommissionen in den deutschen Betrieben setzen ihre Tätigkeit mit frischem Eifer fort.

(Für die Red.: Sauckel: D.N.B., 30.III.; "Frankfurter Zeitung", 22.III.; "Faschismus", 9.II.42.)

Verstärkung des Unternehmereinflusses in Deutschland +)

(ITF) Die deutschen Industriekapitäne haben die angespannte Lage des deutschen Wirtschaftsapparats zur Verstärkung ihrer Positionen ausgenutzt. Sie haben die Kontrolle der staatlichen Wirtschaftsbehörden teilweise abgeschüttelt und die staatliche Kontrolle der Kriegsgewinne der Grosskonzerne weitgehend beseitigt.

Nazi-Unternehmer kontrollieren sich selbst - 2 1/2 Monate nach der Uebertragung der Leitung der kriegswirtschaftlichen Konzentrierung der deutschen Industrie an den Präsidenten des deutschen Industriellenverbandes, den Generaldirektor des Mannesmann-Konzerns Zangen, erreichten die deutschen Industriekapitäne die "Delegierung von (staatlich-kriegswirtschaftlichen) Lenkungsaufgaben an die Unternehmer-Gemeinschaft. Die Wirtschaft soll eben im einzelnen die Steuerung selbst besorgen" ("Deutsche Allgemeine Zeitung"). Für 4 Wirtschaftszweige bestehen bereits "Reichsvereinigungen" (RV) denen alle Betriebe und alle marktregelnden Vereinigungen des Wirtschaftsbereichs angeschlossen wurden. "Die neuen RV sind vor allem Institutionen der wirtschaftlichen Selbstverwaltung", schreibt die "Kölnische Zeitung", diesen "Unternehmerzusammenschlüssen sind Funktionen der Marktordnung und Rohstoffverteilung mit übertragen worden, die bisher von Kartellen und Reichsstellen ausgeübt worden sind" ("Frankfurter Zeitung", 5.IV.), ihnen sind "ausserordentliche Vollmachten" übertragen worden ("Berliner Börsenzeitung"). Die Leitung dieser Industriellenverbände hat nicht nur das entscheidende Wort bei der Verteilung der Rohstoffkontingente. Die Satzung der "R.V. Bastfaser", die in der deutschen Wirtschaftspresse als Vorbild für die noch zu bildenden R.V. bezeichnet wird, gibt ihr (im Par. 3) das Recht, die Marktordnung durchzuführen, Preise, Preisspannen, Lieferungs- und Zahlungsbedingungen zu diktieren. Die Satzung der "R.V. Chemische Fasern" hebt als Aufgaben neben der Marktregelung, die Aufstellung von Erzeugungs- und Einfuhrplänen und die Absatzregelung im In- und Ausland hervor. Mit verständlicher Genugtuung erklärte (am 12.III.) der Präsident der "R.V. Chemische Fasern", Dr. Vits, Generaldirektor der Vereinigten Glanzstoffwerke: "die Industrie begrüsst die (Bildung der) R.V. besonders deshalb, weil ein Teil der Funktionen, die gegenwärtig durch... staatliche Stellen ausgeübt werden, in Zukunft von der R.V. wahrgenommen werden können. Durch die R.V. wird also die Selbstverwaltung der Industrie... wesentlich gestärkt". Die nach Zurückdrängung der Staatskontrolle noch stärkeren Industriellenverbände hoffen, Europa leichter plündern zu können: "Im Rahmen der europäischen Grossraumwirtschaft würde eine laufende Zusammenarbeit zwischen den europäischen Faserproduzenten in Frage kommen, wobei sich die beherrschende Stellung der deutschen Faserindustrie besonders auswirken wird". Die "Frankfurter Zeitung" träumt (am 7.IV.) bereits von einer "Planung der Grossraumwirtschaft" durch diese Industrieverbände. Der Sachbearbeiter im Berliner Wirtschaftsministerium, Kehrle, "der selbst aus der Unternehmerwirtschaft stammt" ("Deutsche Allgemeine Zeitung"), hat den R.V. noch weitere Möglichkeiten in Aussicht gestellt.

Bisher bestehen neben den R.V. Bastfaser und Chemische Fasern noch die R.V. Kohle und Textilveredelung. Die R.V. Kohle hat bereits als Konkurrenz zur Deutschen Arbeitsfront einen "Sozialausschuss" eingerichtet.

Unternehmer drohen mit Sabotage - In anderen Wirtschaftszweigen setzt die Grossindustrie ihren Kampf gegen kriegswirtschaftliche Beeinträchtigung ihrer Bewegungsfreiheit fort. Sie fühlt sich heute bereits so stark, dass

+) Vgl. "Faschismus", 9. Februar 1942

sie unverblümt mit Sabotage droht. Die "Frankfurter Zeitung" erklärt z.B. (am 22.III.) offen: "Es gilt (in der Wirtschaft), die vertrauensvolle Zusammenarbeit (im Original gesperrt - Red.) von Lenkern und Gelenkten fruchtbar zu erhalten und zu gestalten, auf der im Grunde das Geheimnis der Erfolge der deutschen Wirtschaftspolitik beruht". Das Blatt erinnert vielsagend an die Sabotage französischer Grossindustrieller: Daladier habe im Riomer Prozess berichtet, dass Schneider-Creuzot verstaatlichte Werkteile aus der Produktionsgemeinschaft ausgegliedert habe und dass ein anderes Unternehmen kurz vor der Verstaatlichung alle Produktionspläne mit Lastautos beiseiteschaffen wollte. In Deutschland sei das anders. "In dem gleichen Zuge, in dem der Unternehmer einen würdigen Platz im Staat eingeräumt erhielt, versicherte sich der Staat der freiwilligen und verantwortungsfreudigen Mitarbeit der Unternehmer, die unendlich wertvoller ist als eine durch Sozialisierung der Betriebe erzwungene Unterordnung... Es ist notwendig, dass das Vertrauensverhältnis zwischen Unternehmer und Staat gerade jetzt in einer Periode nicht beeinträchtigt wird, in der zuweilen schmerzliche Eingriffe notwendig werden... Das Vertrauensverhältnis zwischen Lenkern und Gelenkten ist ein so kostbares Gut, dass es durch keine Handlung oder Unterlassung aufs Spiel gesetzt werden darf". Das ist deutlich genug!

"Angenehme Ueberraschung" für Kriegsgewinnler - Etwa zur gleichen Zeit verhinderten die grossen deutschen Kriegslieferanten eine schärfere steuerliche Erfassung ihrer Kriegsgewinne. Der als Preiskommissar fungierende Bankier Fischböck erklärte sich ausserstande, mit seinem kleinen Beamtenstab die Höhe der zu versteuernden Kriegsgewinne nachzuprüfen. Die Kriegsgewinnabgabe ist daher jetzt in eine Steuer verwandelt worden, die von den Finanzämtern erhoben wird. "Die Unternehmer hätten von vornherein eine Steuer lieber gesehen als die Nachprüfung ihrer Geschäftsgebahrungen", schreibt die "Frankfurter Zeitung" (am 29.III.). "Die Privatwirtschaft wird es also begrüessen, dass sich Reichskommissar Dr. Fischböck entschlossen hat, die Gewinnabführung an das Finanzministerium abzutreten". Das Finanzministerium hat dann (am 27.III.) mitgeteilt, dass Unternehmer, deren gewerbliche Einkünfte 1941 bis zu 30.000 Mark betragen, überhaupt keine Kriegsgewinnsondersteuer mehr zu zahlen haben. Für allen anderen Kriegslieferanten ist eine "recht hohe Freigrenze" erlassen worden, schreibt befriedigt die "Berliner Börsenzeitung", da "nur die 150% der gewerblichen Einkünfte 1938 übersteigenden Einkommensbeträge als zu versteuernde aussergewöhnliche Gewinnsteigerung angesehen werden". Wer bei den Kriegsaufträgen "nur" 49% mehr verdiente als 1938 bei den Rüstungsaufträgen, braucht überhaupt keine Kriegsgewinnsteuer zu zahlen. Die durchrationalisierten Grossbetriebe, die in der niedrigsten Preisgruppe liefern, +) brauchen auch dann keine Kriegssondersteuer zu zahlen, wenn sich ihre Gewinne vervielfachten! "Eine angenehme Ueberraschung" nannte das die "Deutsche Allgemeine Zeitung". Und da die Nachprüfung der Geschäftsgebahrung der Kriegslieferanten fortgefallen ist, können die Industriellen überdies ihre anderweitig zu versteuernden Gewinne weit leichter verschleiern als bisher. Sie verdienen am Hitlerkrieg noch mehr.

(Für die Red.: R.V.: "Deutsche Allgemeine Zeitung", 15.III., "Kölnische Zeitung", 29.III.; Vits: "Frankfurter Zeitung", 14.III.; Steuer: "Hamburger Fremdenblatt", 28.III.; "Frankfurter Zeitung", 29.III., "Berliner Börsenzeitung", 29.III.42.)

Massenmord im Bergwerk (ITF) Während der Amsterdamer Streikwoche (im Februar 1941) hatten die deutschen Behörden etwa 1200 holländische Juden aufgreifen und nach Deutschland transportieren lassen. Jetzt erfuhren holländische Kreise in London, dass mindestens 740 der nach Deutschland Transportierten tot sind. Auch über die Begleitumstände dieses Massensterbens wurde einiges bekannt.

Die Aufgegriffenen wurden in das Konzentrationslager bei Mauthausen in Oberösterreich eingeliefert und von dort zur Arbeit in Gruben, anscheinend Erzgruben, eingesetzt. Selbstverständliche Sicherheitsmassnahmen wurden ausser Acht gelassen und schon nach wenigen Tagen begann unter den schlecht Ernährten und dieser Arbeit Ungewohnten ein qualvolles Sterben. 740 Todesfälle wurden den Angehörigen mitgeteilt; mehr als 400 der Deportierten sollen noch in Bergwerken im deutschen Machtbereich arbeiten.

Diese Tatsachen, die von verschiedenen, voneinander unabhängigen Berichterstattem gemeldet wurden, werfen ein Licht auf die Art, in der man in Deutschland heute mit ausländischen Arbeitssklaven umspringt. Sie geben Anlass zur grössten Besorgnis über das Schicksal der nach Deutschland transportierten polnischen, russischen, slowakischen, italienischen und baltischen Bergarbeiter, die abgesondert in Schächten eingesetzt werden. Die Grubenverwaltungen entschuldigen sich mit Sprachschwierigkeiten. Doch was ist die wirkliche Ursache dieser Massnahmen? Erschwert Materialmangel in

+) Vgl. "Faschismus", 9.II.42. p. 24.

deutschen Gruben bereits Sicherheitsmassnahmen oder werden sie bei ausländischen Arbeitern gar absichtlich vernachlässigt wie bei den Gefangenen von Mauthausen?

Antwort an Quisling

(ITF) Seeleute - Seit Wochen droht der Osloer Nazi-Rundfunk norwegischen Seeleuten, die unter der freien norwegischen Flagge fahren, mit Repressalien gegen ihre Angehörigen in der Heimat. Norwegische Seeleute, die mit ihren Schiffen im Hafen von Göteborg lagen, haben den Quislings die Antwort der unbeugsamen, freiheitsbewussten Seeleute gegeben.

In Göteborg lagen 11 von der britischen Regierung gecharterte Schiffe. Der gleichgeschaltete norwegische Reederverband hatte gegen den Chartervertrag Einspruch erhoben, aber schwedische Richter erkannten den Chartervertrag an und gaben die Schiffe frei. 10 Schiffe verliessen am 1. April die schwedischen Hoheitsgewässer. Die Kapitäne waren Engländer, die Mehrheit der Besatzung bestand aus Norwegern. Jeder Seemann kannte die Drohungen der Quislings und die Gefahren der Fahrt durch das scharf bewachte Skagerak.

Die deutschen Rundfunksender meldeten (am 8.IV.), dass 3 Schiffe versenkt wurden und dass die Besatzungen 3 Schiffe versenkten, bevor eine deutsche Prisemannschaft an Bord kommen konnte. Zwei Schiffe kehrten nach Göteborg zurück. Die übrigen Schiffe schlugen sich nach England durch.

Lehrer - Von 14.000 norwegischen Lehrern haben sich (nach schwedischen Meldungen) mehr als 12.000 geweigert, dem Quisling-Lehrerverband beizutreten. Bis zum 31. März waren nur 550 Lehrer dem Nazi-Verband beigetreten, meldete selbst der Osloer Quisling-Rundfunk (am 5.IV.42.). Quislings Erziehungsministerium drohte am gleichen Tage, dass nur noch Mitglieder des Nazi-Lehrerverbandes Gehalt erhalten würden.

Nach den Osterfeiern konnten viele Schulen nicht eröffnet werden, "die Lehrer streiken", klagte der Osloer Rundfunk (am 11.IV.). Mehr als 2000 Lehrer sind verhaftet.

Geistliche - Die Bischöfe der norwegischen Staatskirche haben wiederholt scharf gegen den Terror der Quislings protestiert. Als Protest gegen das Staatsjugendgesetz, das alle 10jährigen norwegischen Kinder den Quislings ausliefert, traten die 7 Bischöfe (am 24.II.) zurück. Quisling ernannte "geschäftsführende Bischöfe" und liess Bischof Berggrav verhaften. Am Ostersonntag verlasen in fast allen norwegischen Kirchen die Geistlichen einen feierlichen Protest gegen diesen Gewaltakt, in dem sie ihren Rücktritt ankündigten.

Mehr als 1050 der 1100 norwegischen Geistlichen schlossen sich diesem Protestschritt an. Die Quislings wollten daraufhin den Geistlichen am Sonntag nach Ostern Predigen verbieten. Die deutschen Militärbehörden mahnten zur Vorsicht. Die Geistlichen predigten. Bischof Berggrav wurde freigelassen. Quisling musste sich zunächst darauf beschränken, ihnen das Gehalt zu sperren.

Politischer Handel mit belgischer Quisling-Gewerkschaft

(ITF) Der mit den Besatzungsbehörden zusammenarbeitenden Gruppe belgischer Gewerkschafter, die versuchen, in der

UTMI (Union des Travailleurs Manuels et Intellectuels) einen neuen Arbeiterverband zu organisieren, wurde Herr Delvo als "Führer" auf die Nase gesetzt. Delvo war einst Sekretär der Arbeiterbildungszentrale; während der deutschen Invasion floh er nach Südfrankreich, ging dann nach Belgien zurück, wo er dem Flämischen Natsoz. Verband (VNV) beitrug und bald Stellvertreter des "Führers" des Verbandes, Staf de Clerq, wurde. - Delvos Ernennung wird als politischer Schachzug gegen den walonischen Faschisten Degrelle gewertet.

Typhusfurcht

(ITF) In Dänemark haben der Seifenmangel und das Zusammenhocken vieler Menschen in den wenigen geheizten Zimmern die hygienischen Verhältnisse verschlechtert. Die örtlichen Behörden wurden deshalb ermächtigt, zwangsweise unentgeltliche Entlausung aller Ortsbewohner anzuordnen (meldet "Nationaltidende", 26.II.).

In Spanien hat der Zivilgouverneur von Valencia alle Betriebe, die mehr als 50 Arbeiter beschäftigen, angewiesen, Arbeitern die Läuse haben, den Zutritt zum Werk zu verweigern. Die Arbeiter müssen regelmässig auf Ungeziefer untersucht werden. Arbeiter, bei denen Ungeziefer festgestellt wird, sind den Behörden zur Entlausung zu melden und dürfen erst eine Woche nach der Entlausung wieder zur Arbeit. Auch ihre Familien werden entsprechend behandelt werden. Wenn bei einem Arbeiter der leiseste Ungeziefer-Verdacht besteht, muss er das Haar kurzgeschoren tragen.

(Für die Red.: Radio Valencia, 23.III.42.)

Am Radio abgehört

haben wir u.a.:

Gespräch in der Mittagspause

(ITF) Der Sender "Europäische Revolution" sandte einen Bericht über eine Unterhaltung in einem Berliner Betrieb: In der Mittagspause, in der Kantine, hatte eine Kollegin eine illustrierte Zeitung mitgebracht. Beim Durchblättern entdeckte sie ein Bild von Britisch-Südafrika. Eine herrliche Landschaft; und im Vordergrund eine Frau mit einem grossen Korb voll Früchten: Zitronen, Apfelsinen, Ananas und Bananen. Das Bild mit dem Obstkorb wanderte von Hand zu Hand. Eine Kollegin sagte: "Eine Banane hat den Nährwert von 2 Eiern". Und dann gab es eine lange Unterhaltung über Eier, Milch, Butter und Bananen, über Rüben, Kartoffeln und die Lebensmittellage im allgemeinen. Die Zeitung mit dem Bild war unterdessen bis zu einem jungen Mädel gekommen, das erst seit kurzem im Betrieb war. Sie war aus dem B.D.M. und ging den Kolleginnen oft auf die Nerven, weil sie wie ein Papagei die Propagandaphrasen der Nazis nachredete. Aber diesmal sagte sie etwas anscheinend ganz Vernünftiges: "In England", erklärte sie, "kann jeder Arbeiter so viele Bananen und Ananas kaufen, wie er will. Sie kosten einen Pappentiel. Aber wir essen gefrorene Kartoffeln. Wer von uns hat schon einmal eine richtige Ananas gegessen? Siebenmal in der Woche Ananas kaufen. Sollen nur einmal die Engländer darauf verzichten. Sie haben es lange genug gehabt. Jetzt kommen wir daran. Das ist doch nur gerecht".

Zuerst blieben die Kolleginnen stumm. Natürlich, das war wieder die verdammte Nazi-Propaganda. Aber was konnte man dagegen sagen? Schliesslich fragte eine Frau: "Und deshalb müssen wir Krieg führen?" Als das BDM-Mädel nickte, kamen die anderen in Schwung. "Ja, wachsen denn die Bananen in Russland?" fragte eine. Grosses Gelächter war die Antwort. Eine ältere Arbeiterin sagte: "Halt einmal, da stimmt etwas nicht. Ich arbeite schon 15 Jahre in dem Betrieb. Früher einmal habe ich mir manchmal in der Kantine eine Banane gekauft, das Stück für einen Sechser. Damals haben wir es uns leisten können. Zuerst hatten wir die Bananen; dann haben wir sie abgeschafft, um für den Krieg vorzubereiten, damit wir, wenn wir ihn gewinnen, wieder Bananen haben. Stimmts?" Das BDM-Mädel wusste nichts zu antworten. Schliesslich sagte sie kleinlaut: "Aber Ananas haben wir doch nicht gehabt" Da sagte eine Arbeiterin, die ihren Mann an der Front hat: "Richtig, haben wir nicht gehabt. Pass mal auf, Kleine. Jetzt sollen wir sie kriegen. Für alles, was man kriegt, muss man bezahlen. Hier ist die Rechnung für die Ananas: Seit 9 Jahren keine Bananen. Alle Männer an der Front. Wenn die Hälfte zurückkommt, können wir von Glück reden. Nein, sage ich, die Ananas sind mir zu teuer".

"Ja, aber die verdammten Engländer", fing das BDM-Mädel wieder an. "Die verdammten Engländer", fiel ihr eine andere Kollegin ins Wort, "die haben mindestens 200 Jahre lang Krieg geführt für ihr Weltreich. Und trotzdem kracht es jetzt in allen Fugen".

Und damit war eine Mittagspause zu Ende.

Pierre Laval: Meine Politik

(ITF) "Ein Journalist sagte mit eines Tages, dass mein Name sich genau so gut nach rechts wie nach links lesen liesse: 'L A V A L'. Das kann man machen wie man will. Tatsächlich, ich habe keine Vorurteile.

Ich bin links gewesen, solange es in meinen Kram passte. Ich war Gewerkschafter, revolutionärer Sozialist, Teilnehmer der Stockholmer Konferenz (internationaler Sozialisten) und dann bin ich Minister Tardieu geworden und der Freund des Hauptmanns de la Rocque (des Chefs der faschistischen Feuerkreuzler). Nur Schafsköpfe ändern sich nicht...

Man hat eine Menge Artikel geschrieben. Die Journalisten sagten, sie wollten meine Psyche erklären... Aber sie verstehen nichts davon. Es ist ganz gut möglich, dass ich kein Gelehrter bin. Aber eines kenne ich gut, die Art nämlich, in der die Händler auf dem Markt bei uns daheim in Châteldon ihr Vieh verkaufen. Bei ihnen habe ich mein Handwerk gelernt. Man geht von einem zum andern, man packt jeden bei seiner schwachen Seite, preist seine Ware an, diskutiert den Preis und immer wird man schliesslich einig. So habe ich es mein ganzes Leben gemacht.

In der Aussenpolitik scheint es vielleicht etwas komplizierter, aber es ist kaum schwerer. Ich habe mit Mussolini geschachert, er wollte Abessinien haben. Was interessiert das mich? Ich habe es ihm gegeben.

Ich habe auch mit Reichskanzler Hitler geschachert. Mit ihm wäre ich schon ins Reine gekommen. Er ist ein gemässigter und entgegenkommender Mann. Aber Marschall Pétain war eifersüchtig. Er hatte dem Hitler Elsass-Lothringen umsonst gegeben. Ich war bereit, ihm ganz Frankreich zu geben, aber nicht umsonst: er hätte mich ganz bestimmt zu seinem Gauleiter gemacht. Dann wären alle zufrieden gewesen. Es ist wirklich ganz komisch, dass die Franzosen meine Politik nicht verstehen wollen".

Diese Laval-Satire hörten wir in der Frankreichsendung aus London wenige Tage bevor Laval Hitlers Gauleiter wurde.